



21.041

**Voranschlag der Eidgenossenschaft 2022
mit integriertem Aufgaben- und
Finanzplan 2023–2025****Budget de la Confédération 2022
assorti du plan intégré
des tâches et des finances 2023–2025***Differenzen – Divergences*

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 30.11.21 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 01.12.21 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 01.12.21 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 01.12.21 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 01.12.21 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 07.12.21 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 09.12.21 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 13.12.21 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 14.12.21 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 16.12.21 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 16.12.21 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)

Präsidentin (Kälin Irène, Präsidentin): Wir behandeln die beiden Anträge der Einigungskonferenz in einer einzigen Debatte.

Schneider Schüttel Ursula (S, FR): Wir hatten gestern die Einigungskonferenz. Wir haben uns erlaubt, zum Finanzplan 2023–2025 einen Minderheitsantrag einzureichen und damit den Bundesrat zu unterstützen, der keine Kürzung bei den Personalausgaben will. Wie gesagt, wir führten gestern die Einigungskonferenz durch, und es lag auch eine Verständigungslösung vor. Wir hatten diese auf dem Tisch. Sie wurde aber leider kaum diskutiert, es wurde kaum darauf eingegangen, sodass sich der Ständerat automatisch durchgesetzt hat.

Wir sind von diesem Resultat enttäuscht und nicht sehr zufrieden. Der Nationalrat hat sich jeweils sehr deutlich gegen eine Kürzung der Personalausgaben ausgesprochen. Wir hätten es daher begrüsst, wenn zumindest etwas mehr auf die Verständigungslösung eingegangen worden wäre. Wenn wir diese Kürzungen durchführen, ist das nicht gerade ein Dankeschön an das Personal, das nach diesem herausfordernden Jahr ein solches verdient hätte. Wenn wir Personalausgaben kürzen, hat dies zur Folge, dass weniger Stellen vorhanden sind und dass das übrig gebliebene Personal die Arbeit übernehmen muss.

Ich bitte Sie daher, den Minderheitsantrag zu unterstützen, auch wenn der Ständerat in der Zwischenzeit bereits den Voranschlag und den Finanzplan in seinem Sinne bewilligt hat.

Präsidentin (Kälin Irène, Präsidentin): Die FDP-Liberale Fraktion gibt bekannt, dass sie die Anträge der Einigungskonferenz unterstützt.

Wettstein Felix (G, SO): Die Fraktion der Grünen steht nicht hinter den Mehrheitsbeschlüssen der Einigungskonferenz. Man wolle ein Zeichen setzen, wurde argumentiert. Die Frage ist nur, was für ein Zeichen wir damit setzen. Wir schwächen nämlich in erster Linie uns als Parlament. Wir schwächen unsere Gestaltungsmöglichkeiten und unsere Zuständigkeiten, die uns im Rahmen der Globalbudgets und der mehrjährigen Botschaften zustehen. Dort ist der Hebel, um den beantragten Stellenumfang zu korrigieren. Es ist und bleibt aber wegensfremd, wenn wir beim Gesamtkonto "Personalausgaben" eine lineare Kürzung vornehmen, nachdem alle Ämter und der Gesamtbundesrat die Prüfung der Reduktionsmöglichkeiten im Personaletat längst vorgenommen haben. Dabei ist letztlich einerlei, ob es sich um 11 oder 21 Millionen Franken handelt. Das sind immerhin





65 oder 130 Vollzeitstellen. Es darf nicht Schule machen, dass wir auf diese Weise steuern und uns aus der Verantwortung schleichen, schon gar nicht am 16. Dezember, zwei Wochen vor dem Jahreswechsel, denn der neue und tiefere Plafond wird ab dem 1. Januar 2022 gelten.

Wir sind für das Bundespersonal verantwortlich. Die Art, wie nun eine Mehrheit diese Verantwortung wahrnehmen will, ist das Zeichen, das wir heute aussenden. Uns ist natürlich bewusst, dass im Fall der Uneinigkeit zwischen den beiden Kammern am Schluss der tiefere Betrag gilt. Darum lässt sich für 2022 nichts mehr korrigieren, darum gibt es dazu auch keine Minderheitsposition aus der Einigungskonferenz. Wir haben aber noch die Möglichkeit, dieses fehlgeleitete Zeichen im Finanzplan 2023–2025 rückgängig zu machen. Ich bitte Sie, in der Abstimmung zum Bundesbeschluss II die Minderheit Schneider Schüttel und damit eben auch den Bundesrat zu unterstützen.

Als wir vor gut zwei Wochen die Eintretensdebatte zu diesem Geschäft geführt haben, war meine erste Aussage, dass dieser Voranschlag 2022 aus der Sicht der Grünen solide und insgesamt ausbalanciert sei. Es ist sehr schade, dass es nun auf diese Weise endet – mit einem Irrlicht. Ein Teil unserer Fraktion wird sich in der Schlussabstimmung der Stimme enthalten.

Fischer Roland (GL, LU): Die grünliberale Fraktion wird beim Voranschlag 2022 den Antrag der Einigungskonferenz unterstützen, beim Finanzplan und den Personalausgaben werden wir jedoch der Minderheit folgen. Lassen Sie mich dazu einige Ausführungen machen.

In einer Einigungskonferenz wäre es jeweils gut bzw. wünschenswert, wenn sich die beiden Räte, der Ständerat und der Nationalrat, annähern und eine Verständigungslösung finden würden. Leider ist der Einigungskonferenz diese Verständigung dieses Mal nicht gelungen.

Beim Budget hat das zur Folge, dass die Lösung des Ständerates obsiegt und damit bei den Personalausgaben eine Kürzung von rund 21 Millionen Franken resultiert. Wir haben diese Kürzung in den Beratungen zum Voranschlag nie unterstützt und sind immer der Mehrheit des Rates gefolgt. Nichtsdestotrotz gilt beim Budget letztendlich der tiefere Betrag, was nun natürlich zur Folge hat, dass sowieso die Lösung des Ständerates obsiegt. Wir sind damit einverstanden, hier dem Antrag der Einigungskonferenz zuzustimmen, aber natürlich nicht im Sinne einer inhaltlichen Zustimmung, sondern aus Gründen des Prozesses und des Rechts.

Beim Finanzplan sieht es anders aus, dort erfolgt eine Zustimmung auf den einzelnen Positionen. Wir haben die Kürzungsanträge des Ständerates auch hier nie unterstützt und sind immer der Mehrheit gefolgt. Wir werden nun auch hier bei dieser Position und bezüglich des Antrags der Einigungskonferenz der Minderheit folgen. Das bedeutet: Wenn Sie der Minderheit zustimmen, würde lediglich diese Position nicht an den Bundesrat überwiesen. Somit würde im Finanzplan der Entwurf des Bundesrates obsiegen.

Ich bitte Sie deshalb, beim Finanzplan der Minderheit zu folgen.

Präsidentin (Kälin Irène, Präsidentin): Die Mitte-Fraktion gibt bekannt, dass sie die Anträge der Einigungskonferenz unterstützt.

Gysi Barbara (S, SG): Sie wissen, ich bin Präsidentin des Personalverbandes des Bundes.

Die SP-Fraktion lehnt diese Kürzung der Personalausgaben ab. Ich muss Ihnen wirklich sagen: Das, was zu dieser Budgetposition und in dieser Wintersession abgegangen ist, ist ein Trauerspiel. In der Budgetierung, das hörten wir auch vom Bundesrat und konnten wir in den Subkommissionen en détail prüfen, wurde sehr genau hingeschaut. Es wurden sehr viele Stellen nicht gewährt. Es wurden keine allgemeinen Lohnentwicklungen im Voranschlag aufgenommen. Der Bundesrat betreibt seit Jahren eine sehr strenge, restriktive Personalpolitik, auch wenn es jetzt zusätzliche Stellen gibt.

Dass jetzt dieser Rat mitten in der Pandemie hingeht und den Personalaufwand kürzt, finde ich wirklich ein Trauerspiel. Sie

AB 2021 N 2662 / BO 2021 N 2662

sagen zwar, es habe nichts mit der Leistung zu tun, und danken dem Personal des Bundes für seine Arbeit. Ja, das tun wir auch. Es wurde sehr viel geleistet. Aber diese 21 Millionen Franken zu streichen, ist kleinlich und nicht sehr weitsichtig. Wirklich gespart ist damit auch nicht, das wissen Sie auch. Es bleiben dann vielleicht gewisse Arbeiten liegen, es werden Arbeiten ausgelagert und bei externen Büros in Auftrag gegeben. Sie betreiben hier Symbolpolitik auf dem Rücken des Personals. Ich bitte Sie sehr, das nicht zu tun.

Es ist leider gegessen, muss man sagen, weil sich in der Einigungskonferenz diejenigen durchgesetzt haben, die eben diese Sparpolitik verfolgen. Dass das Ganze aus dem Ständerat kommt, finde ich sehr beelendend. Bis jetzt hat diese Kammer das Budget und die Personalpolitik des Bundesrates immer gestützt. Ich finde das sehr tragisch und kann das schwerlich akzeptieren. Wir werden diesen Kürzungen natürlich weiterhin nicht



zustimmen. Die Handlungsoptionen sind jedoch ausgeschöpft. Ich muss Ihnen sagen, ich finde das keine gute Botschaft am Ende des Jahres. Es wurde sehr viel geleistet, und wir erwarten auch im nächsten Jahr einen Topeinsatz des Bundespersonals.

Präsidentin (Kälin Irène, Präsidentin): Herr Bundesrat Maurer verzichtet auf eine Wortmeldung.

Wyss Sarah (S, BS), für die Kommission: Wir haben es gehört: Eine Delegation unserer Finanzkommission kam gestern gemeinsam mit jener des Ständerates zur Einigungskonferenz zusammen. Es blieb nur eine Differenz übrig, diejenige zum Voranschlag und zur Finanzplanung. Gerne möchte ich Ihnen kurz die Erwägungen der Einigungskonferenz präsentieren.

Bevor ich dazu komme, möchte ich aber noch kurz etwas Technisches erwähnen: Wenn sich die beiden Kammern nicht einigen können, dann gilt beim Voranschlag der tiefere Betrag. Dies ist in Artikel 94 des Parlamentsgesetzes so festgehalten. Das wäre dann gemäss der ständerätlichen Kürzung. Bei der Finanzplanung ist es nicht so: Da gilt bei einer Nichteinigung, also bei der Ablehnung des Auftrags an den Bundesrat durch einen der beide Räte, dass dem Bundesrat der Auftrag zur Anpassung des Finanzplans nicht erteilt wird. Das ist in Artikel 94a des Parlamentsgesetzes geregelt. Dies also als Vorbemerkung.

Nun zur Einigungskonferenz: Als Kommissionssprecherin beantrage ich Ihnen, der Einigungskonferenz zu folgen und sowohl beim Bundesbeschluss Ia wie auch bei der Finanzplanung den Personalaufwand um 21 Millionen Franken zu kürzen. Die Mehrheit der Einigungskonferenz hält es für sinnvoll, an dieser vom Ständerat vorgebrachten Kürzung festzuhalten. Ich möchte hier nicht alle Argumente wiederholen, sondern auf drei eingehen:

1. Es handelt sich gemäss der Einigungskonferenz um eine moderate Kürzung: 3 Promille sind, verglichen mit dem Gesamtvolumen der Bundesausgaben, nur ein Steinchen in der Mauer.
2. Diese Kürzung, so die Einigungskonferenz, muss umsetzbar sein und ist umsetzbar. Bundesrat Maurer hat vorgestern hier im Rat und vorher in der Kommission gesagt, dass diese Kürzung umsetzbar und machbar sei.
3. Die Einigungskonferenz sagt, dass mit dieser Kürzung dem Bundesrat das Signal gesendet werden soll, dass er mit dem Budget in Bezug auf das Personalwachstum sparsamer und sorgsamer umzugehen habe. Der Personalbestand wächst 2022 um 1,2 Prozent.

Es ist der Einigungskonferenz ein grosses Anliegen, und das war es der Minderheit wie auch der Mehrheit hier im Hohen Haus schon immer, zu betonen, dass die Kürzung kein Misstrauensvotum gegenüber dem Personal und in keiner Art und Weise eine Geringschätzung der wertvollen Arbeit ist. Die Kürzung, ich habe es gesagt, ist ein Signal an den Bundesrat.

Nun noch kurz zur Diskussion in der Einigungskonferenz und zu den Detailbeschlüssen: Wir haben es gehört, es wurde ein Kompromissantrag eingereicht, nur die Hälfte der ständerätlichen Kürzung vorzunehmen, dies sowohl beim Voranschlag wie auch in der Finanzplanung. Dieser Antrag, welcher als Verständigungsantrag zu verstehen ist, wurde dem Beschluss des Nationalrates, keine Kürzung vorzunehmen, gegenübergestellt. Dieser Verständigungsantrag obsiegte dann mit 17 zu 7 Stimmen bei 1 Enthaltung. Er unterlag jedoch in der Gegenüberstellung zum Beschluss des Ständerates, dies in einem Stimmenverhältnis von 14 zu 11 Stimmen. Damit beschloss die Einigungskonferenz, dem Ständerat sowohl beim Bundesbeschluss I, das heisst beim Voranschlag, wie auch bei der Finanzplanung zu folgen.

Wir haben es gehört, es liegt ein Minderheitsantrag zur Finanzplanung vor. Ein Minderheitsantrag beim Budget macht keinen Sinn, weil automatisch der tiefere Betrag genommen wird.

Ich bitte Sie also im Namen der Einigungskonferenz, der Lösung so zuzustimmen und Personalkürzungen in der Höhe von 21 Millionen Franken vorzunehmen.

Nun möchte ich schliessen und der gesamten Bundesverwaltung, allen Mitarbeitenden, meinen Dank aussprechen, dies sicherlich auch im Namen der Kommission, und zwar für die grossartige Arbeit, die sie letztes Jahr geleistet haben und hoffentlich auch 2022 leisten werden.

Brélaz Daniel (G, VD), pour la commission: La Conférence de conciliation a vu plusieurs tentatives de trouver un compromis se produire, mais celles-ci se sont toutes heurtées à un refus absolu, aussi solide que la muraille de Chine, de sa délégation du Conseil des Etats, par un score systématique de 14 voix contre 11. Nous avons notamment tenté de défendre la position de notre conseil, mais également une proposition de compromis pour une coupe de 11 millions de francs plutôt que 21 millions de francs, avec un succès absolument identique, c'est-à-dire nul.

Le Conseil des Etats a des convictions, il veut montrer un signe, comme Bertrand Piccard et sa "main de Dieu", et, dans cette optique, il considère que le Conseil fédéral doit comprendre le message de 0,3 pour cent



de coupes comme l'expression d'un ras-le-bol face aux augmentations de personnel. La délégation de notre conseil n'avait pas la même opinion, mais elle n'a pas été suivie.

Il faut également relever que le Conseil des Etats reporte la coupe de 21 millions de francs dans le plan financier, sans l'augmenter – ce n'était pas le cas de certaines propositions de minorité dans notre conseil – pour les années suivantes. Cela pose toutes sortes de problèmes sur lesquels je ne reviendrai pas longuement. Le Conseil fédéral va devoir couper, et il le fera certainement selon la règle habituelle de la proportion du nombre d'employés dans chaque unité des sept départements.

Cela veut dire, comme je l'ai dit plusieurs fois, que l'armée suisse va y laisser 40 à 50 postes. Mais ce n'est très grave du point de vue du Conseil des Etats, pourvu qu'on envoie un signal.

En ce qui concerne les effets réels des votes, nous sommes dans une situation très particulière pour le budget lorsque c'est une loi et qu'il y a des divergences dans une loi: on peut accepter globalement le résultat de la Conférence de conciliation ou pas. Mais, au budget, on a plusieurs "lois": le budget, le plan financier et d'autres choses sur lesquelles il n'y a plus de divergence. En fait, le budget et le plan financier sont considérés comme deux choses différentes, ce qui fait qu'il n'y a pas qu'un seul vote, mais deux.

En ce qui concerne le budget, on a une problématique très claire: s'il y a un rejet de la proposition de conciliation, c'est la version la plus basse qui l'emporte, c'est-à-dire 21 millions de francs de coupe suivant le Conseil des Etats; et s'il y a l'adoption de la proposition de conciliation, c'est la version de la conférence de conciliation, soit 21 millions de francs de coupe, qui l'emporte – c'est blanc bonnet et bonnet blanc. Dans ces conditions, aucune minorité n'a été déposée, parce que, quel que soit le résultat du vote, ce sera la même chose. Donc, pour la proposition de conciliation sur ce point, on peut s'abstenir s'il y a un vote effectif, mais cela revient au même.

Par contre, la situation n'est pas la même sur le plan financier. Le plan financier nécessite un accord des deux conseils. C'est une autre règle. Ce qui signifie que si on accepte, c'est la version du Conseil des Etats avec 21 millions de francs

AB 2021 N 2663 / BO 2021 N 2663

de coupe à chaque fois, et si on refuse, le chapitre global "Dépenses de personnel" n'a aucun objectif inscrit pour 2023 à 2025 et tout est à reprendre l'année prochaine. La minorité de la Conférence de conciliation vous recommande de suivre cette voie. C'est aussi une manière de notre part d'envoyer un signal.

Je voudrais enfin vous remercier, puisqu'il s'agit de ma dernière intervention en tant que membre de la Commission des finances et, probablement, du Parlement, puisque je partirai le 3 mars 2022 et que je ne dois rapporter sur aucun objet durant la première semaine. Je vous remercie tout d'abord de m'avoir écouté un certain nombre de fois, de m'avoir suivi parfois, parfois d'avoir suivi le contraire, bien sûr. Je me réjouis des nombreux échanges démocratiques que j'ai eus avec chacun d'entre vous, qu'il soit d'accord ou pas avec moi. J'ai siégé durant une longue période, un peu plus de vingt ans, en trois étapes. Je ne parlerai pas de la période 1979–1989, car personne dans cette assemblée n'était présent à cette époque. Le seul qui l'était siégeait aux Etats, avec 35 ans de carrière politique continue; il ne peut donc pas m'entendre ce matin. Quant aux autres, soit quelques-uns qui ont siégé dans la période 2007–2011 et de 2015 jusqu'à maintenant, je leur souhaite à tous, qu'ils soient mes amis ou un peu moins mes amis, une excellente suite de carrière et, bien sûr, de trouver les solutions nécessaires à notre pays, ce qui est certainement plus dur que la première partie.

Präsidentin (Kälin Irène, Präsidentin): Vielen Dank, Herr Brélaz, ich hoffe doch sehr, dass ich anlässlich der Frühjahrssession noch einmal die Ehre haben werde, Sie am Rednerpult zu begrüßen. (*Stehende Ovation*)

1. Voranschlag der Verwaltungseinheiten

1. Budget des unités administratives

Kontengruppen

Groupes de comptes

Antrag der Einigungskonferenz

Personalausgaben

Fr. 6 078 609 700





Proposition de la conférence de conciliation

Dépenses de personnel

Fr. 6 078 609 700

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 21.041/24387)

Für den Antrag der Einigungskonferenz ... 119 Stimmen

Dagegen ... 69 Stimmen

(0 Enthaltungen)

4. Bundesbeschluss II über den Finanzplan für die Jahre 2023–2025

4. Arrêté fédéral II concernant le plan financier pour les années 2023–2025

Art. 2 Bst. a

Antrag der Einigungskonferenz

Mehrheit

a. Kontengruppen

Personalausgaben

2023: Fr. 6 160 897 300

2024: Fr. 6 216 716 200

2025: Fr. 6 265 293 400

Die Kürzungen gelten auch für die Behörden und Gerichte sowie die Eidgenössische Finanzkontrolle.

Minderheit

(Schneider Schüttel, Brélaz, Wettstein, Wyss)

Ablehnung des Antrages der Einigungskonferenz

Art. 2 let. a

Proposition de la conférence de conciliation

Majorité

a. Groupes de comptes

Dépenses de personnel

2023: Fr. 6 160 897 300

2024: Fr. 6 216 716 200

2025: Fr. 6 265 293 400

La diminution des dépenses de personnel s'applique également aux Autorités et Tribunaux ainsi qu'au Contrôle fédéral des finances.

Minorité

(Schneider Schüttel, Brélaz, Wettstein, Wyss)

Rejeter la proposition de la conférence de conciliation

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 21.041/24388)

Für den Antrag der Mehrheit ... 103 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 87 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Präsidentin (Kälin Irène, Präsidentin): Der Antrag der Einigungskonferenz ist von beiden Räten angenommen worden. Die Vorlagen sind somit definitiv angenommen.

AB 2021 N 2664 / BO 2021 N 2664